

Entwässerungssatzung der Stadt Balve vom 10.12.2014

Inhaltsübersicht

- § 1 Allgemeines
 - § 2 Begriffsbestimmungen
 - § 3 Anschlussrecht
 - § 4 Begrenzung des Anschlussrechts
 - § 5 Anschlussrecht für Niederschlagswasser
 - § 6 Benutzungsrecht
 - § 7 Begrenzung des Benutzungsrechts
 - § 8 Abscheide - und sonstige Vorbehandlungsanlagen

 - § 9 Anschluss - und Benutzungszwang
 - § 10 Befreiung vom Anschluss - und Benutzungszwang für Schmutzwasser
 - § 11 Nutzung des Niederschlagswassers
 - § 12 Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze
 - § 13 Ausführung von Anschlussleitungen
 - § 14 Zustimmungsverfahren
 - § 15 Zustands - und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen
 - § 16 Indirekteinleiterkataster
 - § 17 Abwasseruntersuchungen
 - § 18 Auskunftspflicht - und Nachrichtenpflicht; Betretungsrecht
 - § 19 Haftung
 - § 20 Berechtigte und Verpflichtete
 - § 21 Ordnungswidrigkeiten
 - § 22 Inkrafttreten
- Anlage 1: Grenzwerttabelle
- Anlage 2: Bestimmungen für die Zulassung von Kanalhausanschlüssen
und die Zulassung der Unternehmer
- Anlage 3 : Bestimmungen für die Ausführung von Dichtheitsprüfungen von
Kanalhausanschlüssen und die Zulassung von Unternehmen

Entwässerungssatzung der Stadt Balve

Aufgrund der §§ 7, 8 und 9 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV.NRW.1994, S.666), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19.12.2013 (GV.NRW. S.878), der §§ 60 und 61 des Wasserhaushaltsgesetzes des Bundes (WHG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31.07.2009 (BGBl.I 2009, S. 2585ff, zuletzt geändert durch Gesetz vom 07.08.2013 - BGBl.I 2013, S 3154ff., S 3180) des § 53 Abs. 1e Satz 1 LWG NRW in der Fassung der Bekanntmachung vom 25.06.1995 (GV.NRW.1995, S.926), zuletzt geändert durch Gesetz vom 05.03.2013 (GV NRW 2013, S. 135ff.) sowie der Selbstüberwachungsverordnung Abwasser SÜwVO Abw vom 17.10.2013 - GV NRW 2013, S. 602ff. - im Satzungstext bezeichnet als SÜwVO Abw NRW 2013) hat der Rat der Stadt Balve am 10.12.2014 folgende Satzung beschlossen.

§ 1

Allgemeines

(1) Die Abwasserbeseitigungspflicht der Stadt Balve umfasst unter anderem das Sammeln, Fortleiten, Behandeln, Einleiten, Versickern, Verregnen und Verrieseln des im Gemeinde - gebiet anfallenden Abwassers sowie das Entwässern und Entsorgen des Klärschlammes. Zur Abwasserbesitigungspflicht gehören nach § 53 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 bis 7 LWG NRW insbesondere

- 1:** die Planung der abwassertechnischen Erschließung von Grundstücken, deren Bebaubarkeit nach Maßgabe des Baugesetzbuches durch einen Bebauungsplan, einen Vorhaben - und Erschließungsplan oder eine Klarstellungs-, Entwicklungs- und Ergänzungssatzung begründet worden ist;
- 2:** das Sammeln und das Fortleiten des auf den Grundstücken des Gemeindegebietes anfallenden Abwassers sowie die Aufstellung und Fortschreibung von Plänen nach § 58 Abs. 1 LWG NRW;
- 3:** das Behandeln und die Einleitung des nach Nummer 2 übernommenen Abwassers sowie die Aufbereitung des durch die Abwasserbeseitigung anfallenden Klärschlammes für seine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung;
- 4:** die Errichtung und der Betrieb sowie die Erweiterung oder die Anpassung der für die Abwasserbeseitigung nach den Nummern 2 und 3 notwendigen Anlagen an die Anforderungen des §§ 54ff. und des § 57 LWG NRW,
- 5:** das Einsammeln und Abfahren des in Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben anfallenden Schlammes und dessen Aufbereitung für eine ordnungsgemäße Verwertung oder Beseitigung (§ 54 Abs. 2 Satz 2 WHG); hierfür gilt die gesonderte Satzung der Stadt Balve über die Entsorgung des Inhaltes von Grundstücksentwässerungsanlagen (Kleinkläranlagen, abflusslose Gruben) vom 04.03.1996 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.12.2001,
- 6:** die Überwachung von Abwasserbehandlungsanlagen im Falle des § 53 Abs. 4 LWG NRW,
- 7:** die Vorlage von Abwasserbeseitigungskonzepten nach Maßgabe des § 53 Abs. 1a

und b LWG NRW.

(2) Die Stadt Balve stellt zum Zweck der Abwasserbeseitigung in ihrem Gebiet und zum Zweck der Verwertung oder Beseitigung der bei der gemeindlichen Abwasserbeseitigung anfallenden Rückstände die erforderlichen dezentralen und zentralen Anlagen als öffentliche Einrichtung zur Verfügung (öffentliche Abwasseranlagen). Zur öffentliche Abwasseranlage gehören auch dezentrale Versickerungsanlagen für Niederschlagswasser sowie Auf - bzw. Ableitungsgräben wie z.B. Straßen - bzw. Wegeseitengräben, die zum Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage gewidmet worden sind.

Die öffentlichen, dezentralen und zentralen Abwasseranlagen bilden eine rechtliche und wirtschaftliche Einheit.

(3) Art, Lage und Umfang der öffentlichen Abwasseranlage sowie Zeitpunkt ihrer Herstellung, Erweiterung, Erneuerung, Änderung, Sanierung oder Beseitigung bestimmt die Stadt Balve im Rahmen der ihr obliegenden Abwasserbeseitigungspflicht und der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel sowie ggf. nach Maßgabe der mit anderen Abwasserbeseitigungspflichtigen (z.B. Ruhrverband) vorzunehmenden Abstimmung.

§ 2

Begriffsbestimmungen

Im Sinne dieser Satzung bedeuten:

(1)

Abwasser

Abwasser ist Schmutzwasser und Niederschlagswasser im Sinne des § 54 Abs. 1 WHG.

(2)

Schmutzwasser

Schmutzwasser gem. § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 1 WHG ist das durch häuslichen, gewerblichen, landwirtschaftlichen oder sonstigen Gebrauch in seinen Eigenschaften veränderte und das bei Trockenwetter damit zusammen abfließende Wasser. Als Schmutzwasser gelten nach § 54 Abs. 1 Satz 2 WHG auch die aus Anlagen zum Behandeln, Lagern und Ablagern von Abfällen austretenden und gesammelten Flüssigkeiten.

(3)

Niederschlagswasser

Niederschlagswasser ist nach § 54 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 WHG das von Niederschlägen aus dem Bereich von bebauten oder befestigten Flächen gesammelt abfließende Wasser.

(4)

Mischsystem

Im Mischsystem werden Schmutz - und Niederschlagswasser gemeinsam in einem Kanal

gesammelt und fortgeleitet.

(5)
Trennsystem

Im Trennsystem werden Schmutz - und Niederschlagswasser getrennt gesammelt und fortgeleitet.

(6)
Öffentliche Abwasseranlage

a: Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören alle von der Stadt Balve selbst oder in ihrem Auftrag betriebenen Anlagen, die dem Sammeln, Fortleiten, Behandeln und Einleiten von Abwasser sowie der Verwertung oder Beseitigung der bei der öffentlichen Abwasser - beseitigung anfallenden Rückstände dienen.

b: Zur öffentlichen Abwasseranlage gehören nicht die Grundstücksanschlussleitungen.

c: In den Gebieten, in denen die Abwasserbeseitigung durch ein Druckentwässerungsnetz erfolgt und sich Teile eines solchen Netzes auf Privatgrundstücken befinden, gehören die Hausanschlussleitungen einschließlich der Druckstation nicht zur öffentlichen Abwasser - anlage.

d: Nicht zur öffentlichen Abwasseranlage im Sinne dieser Satzung zählt die Entsorgung von Kleinkläranlagen und abflusslosen Gruben, die in einer Satzung über die Entsorgung von Grundstücken von Grundstücksentwässerungsanlagen der Stadt Balve vom 04.03.1996 in der Fassung der Bekanntmachung vom 17.12.2001 geregelt ist.

(7)
Anschlussleitungen

Unter Anschlussleitungen im Sinne dieser Satzung werden Grundstücksanschlussleitungen und Hausanschlussleitungen verstanden.

a: Grundstücksanschlussleitungen sind die Leitungen von der öffentlichen Sammelleitung bis zur Grenze des jeweils anzuschließenden Grundstücks.

b: Hausanschlussleitungen sind die Leitungen von der privaten Grundstücksgrenze bis zum Gebäude oder dem Ort auf dem Grundstück, an dem das Abwasser anfällt. Zu den Hausanschlussleitungen gehören auch Leitungen unter der Bodenplatte des Gebäudes auf dem Grundstück, in dem Abwasser anfällt sowie Schächte und Inspektionsöffnungen. Bei Druckentwässerungsnetzen ist die Druckstation (inklusive Druckpumpe) auf dem privaten Grundstück Bestandteil der Hausanschlussleitung.

(8)
Haustechnische Abwasseranlagen

Haustechnische Abwasseranlagen sind die Einrichtungen innerhalb und an zu entwässernden Gebäuden, die der Sammlung, Vorbehandlung, Prüfung, Rückhaltung und Ableitung des Abwassers auf dem Grundstück dienen (z.B. Abwasserrohre im Gebäude, Dachrinnen, Hebeanlagen). Sie gehören nicht zur öffentlichen Abwasseranlage.

(9)
Druckentwässerungsnetz

Druckentwässerungsnetze sind zusammenhängende Leitungsnetze, in denen der Trans -

port von Abwasser einer Mehrzahl von Grundstücken durch Pumpen erzeugten Druck erfolgt. Die Druckpumpen und Pumpenschächte sind regelmäßig technisch notwendige Bestandteile des jeweiligen Gesamtnetzes, sie sind jedoch Bestandteil der Hausanschlussleitung, die nicht zur öffentlichen Abwasseranlage gehört.

(10)
Abscheider

Abscheider sind Fettabscheider, Leicht- und Schwerflüssigkeitsabscheider, Stärkeabscheider und ähnliche Vorrichtungen, die das Eindringen schädlicher Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage durch Abscheiden aus dem Abwasser verhindern.

(11)
Anschlussnehmer

Anschlussnehmer ist der Eigentümer eines Grundstücks, das an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen ist.
§ 20 Abs. 1 gilt entsprechend.

(12)
Indirekteinleiter

Indirekteinleiter ist derjenige Anschlussnehmer, der Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder sonst hineingelangen lässt (vgl. § 58 WHG).

(13)
Grundstück

Grundstück ist unabhängig von der Eintragung im Grundbuch jeder zusammenhängende Grundbesitz, der eine selbstständige wirtschaftliche Einheit bildet. Befinden sich auf einem Grundstück mehrere bauliche Anlagen, so kann die Stadt Balve für jede dieser Anlagen die Anwendung der für Grundstücke maßgebliche Vorschriften dieser Satzung verlangen.

§ 3
Anschlussrecht

Jeder Eigentümer eines im Gebiet der Stadt Balve liegenden Grundstückes ist vorbehaltlich der Einschränkungen dieser Satzung berechtigt, von der Stadt Balve den Anschluss eines Grundstückes an die bestehende öffentliche Abwasseranlage zu verlangen (Anschlussrecht).

§ 4
Begrenzung des Anschlussrechts

(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich nur auf solche Grundstücke, die an eine betriebsfertige und aufnahmefähige Abwasseranlage angeschlossen werden können. Dazu muss die öffentliche Abwasserleitung in unmittelbarer Nähe des Grundstücks oder auf dem Grundstück verlaufen. Eine öffentliche Abwasserleitung verläuft auch dann in unmittel -

barer Nähe des Grundstücks, wenn über einen öffentlichen oder privaten Weg ein unmittelbarer Zugang zu einer Straße besteht, in welcher ein öffentlicher Kanal verlegt ist. Die Stadt Balve kann den Anschluss auch in anderen Fällen zulassen, wenn hierdurch das öffentliche Wohl nicht beeinträchtigt wird.

(2) Die Stadt Balve kann den Anschluss versagen, wenn die Voraussetzungen des § 53 Abs. 4 Satz 1 LWG NRW zur Übertragung der Abwasserbeseitigungspflicht auf Antrag der Gemeinde auf den privaten Grundstückseigentümer durch die Untere Wasserbehörde erfüllt sind. Dieses gilt nicht, wenn sich der Grundstückseigentümer bereit erklärt, die mit dem Anschluss verbundenen Mehraufwendungen zu tragen.

(3) Der Anschluss ist ausgeschlossen, soweit die Stadt Balve von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.

§ 5

Anschlussrecht für Niederschlagswasser

(1) Das Anschlussrecht erstreckt sich grundsätzlich auch auf das Niederschlagswasser.

(2) Dies gilt jedoch nicht für Niederschlagswasser von Grundstücken, bei denen die Pflicht zur Beseitigung des Niederschlagswasser gem. § 53 Absatz 3a Satz 1 LWG dem Eigentümer des Grundstückes obliegt.

(3) Darüber hinaus ist der Anschluss des Niederschlagswassers nicht ausgeschlossen, wenn die Gemeinde von der Möglichkeit des § 53 Abs. 3a Satz 2 LWG Gebrauch macht.

§ 6

Benutzungsrecht

Nach der betriebsfertigen Herstellung der Anschlussleitung hat der Anschlussnehmer vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung unter Beachtung der technischen Bestimmungen für den Bau und den Betrieb der haustechnischen Abwasseranlage das Recht, das auf seinem Grundstück anfallende Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungsrecht).

§ 7

Begrenzung des Benutzungsrechts

(1) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen solche Stoffe und Abwässer nicht eingeleitet werden, die aufgrund ihrer Inhaltsstoffe

1. die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet oder
2. das in der öffentlichen Abwasseranlage beschäftigte Personal gefährden oder gesundheitlich beeinträchtigen oder
3. die Abwasseranlage in ihrem Bestand angreifen oder ihre Funktionsfähigkeit oder Unterhaltung gefährden, erschweren oder behindern oder
4. den Betrieb der Abwasserbehandlungsanlage erheblich erschweren oder verteuern oder
5. die Abwasserreinigungsprozesse in der Abwasserbehandlungsanlage so erheblich stören, dass die Anforderungen der wasserrechtlichen Einleitungserlaubnis nicht eingehalten werden können

(2) In die öffentliche Abwasseranlage dürfen insbesondere nicht eingeleitet werden:

1. feste Stoffe, auch in zerkleinertem Zustand, die zu Ablagerungen oder Verstopfung in der Kanalisation führen können;

2. Schlämme aus Neutralisations -, Entgiftungs - und sonstigen privaten Abwasserbehandlungsanlagen;
 3. Abwasser und Schlämme aus Anlagen zur örtlichen Abwasserbeseitigung, insbesondere aus Kleinkläranlagen, abflusslosen Gruben, Sickerschächten, Schlammfängen und gewerblichen Sammelbehältern, soweit sie nicht in eine für diesen Zweck vorgesehene städtische Einleitungsstelle eingeleitet werden;
 4. flüssige Stoffe, die im Kanalnetz erhitzen können, sowie Stoffe, die nach Übersättigung mit Abwasser in der Kanalisation ausgeschieden werden und zu Abflussbehinderungen führen können;
 5. nicht neutralisierte Kondensate aus erd - und flüssiggasbetriebenen Brennwertanlagen mit einer Nennwärmebelastung von mehr als 25 kW sowie nicht neutralisierte Kondensate aus sonstigen Brennwertanlagen;
 6. radioaktives Abwasser;
 7. Inhalte von Chemietoiletten;
 8. nicht desinfizierte Abwässer aus Infektionsabteilungen von Krankenhäusern und medizinischen Instituten;
 9. flüssige Stoffe aus landwirtschaftlicher Tierhaltung, wie Gülle und Jauche, Silage - und Silosickersäfte;
 10. Grund -, Drainage - und Kühlwasser
 11. Blut aus Schlachtungen;
 12. gasförmige Stoffe und Abwasser, das Gase in schädlichen Konzentrationen freisetzen kann;
 13. feuergefährliche und explosionsfähige Stoffe sowie Abwasser, aus dem explosionsfähige Gas - Luft Gemische entstehen können;
 14. Emulsionen von Mineralölprodukten;
 15. Medikamente und pharmazeutische Produkte;
- (3) Abwasser darf nur eingeleitet werden, wenn die Grenzwerte nach der Anlage 1 dieser Satzung an der Übergabestelle zur öffentlichen Abwasseranlage nicht überschritten werden. Eine Verdünnung oder Vermischung des Abwassers mit dem Ziel, diese Grenzwerte einzuhalten, darf nicht erfolgen.
- (4) Die Stadt Balve kann im Einzelfall Schadstofffrachten, Volumenstrom und / oder Konzentrationen festlegen. Sie kann das Benutzungsrecht davon abhängig machen, dass auf dem Grundstück eine Vorbehandlung oder eine Rückhaltung und dosierte Einleitung erfolgt.
- (5) Eine Einleitung von Abwasser in die öffentliche Abwasseranlage auf anderen Wegen als über die genehmigte Anschlussleitung eines Grundstücks darf nur mit Einwilligung der Stadt Balve erfolgen.
- (6) Die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ist ausgeschlossen, soweit die Stadt Balve von der Abwasserbeseitigungspflicht befreit ist.
- (7) Die Stadt Balve kann auf Antrag befristete, jederzeit widerrufliche Befreiungen von den Anforderungen der Absätze 2 bis 6 erteilen, wenn sich andernfalls eine nicht beabsichtigte Härte für den Verpflichteten ergäbe und Gründe des öffentlichen Wohls der Befreiung nicht entgegenstehen.
- Insbesondere kann die Stadt Balve auf Antrag zulassen, dass Grund -, Drainage - und Kühlwasser der Abwasseranlage zugeführt wird. Der Indirekteinleiter hat seinem Antrag die von der Stadt Balve verlangten Nachweise beizufügen.
- (8) Die Stadt Balve kann die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um
- a: das Einleiten oder Einbringen von Abwasser oder Stoffen zu verhindern, das unter Verletzung der Absätze 1 und 2 erfolgt,
 - b: das Einleiten von Abwasser zu verhindern, das die Grenzwerte nach Absatz 3 nicht einhält.

§ 8

Abscheide - und sonstige Vorbehandlungsanlagen

(1) Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel, -Heiz - oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser ist vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln.

Für fetthaltiges häusliches Abwasser gilt dies jedoch nur, wenn die Gemeinde im Einzelfall verlangt, dass auch dieses Abwasser in entsprechende Abscheider einzuleiten und dort zu behandeln ist.

(2) Für die Einleitung von Niederschlagswasser kann von der Gemeinde eine Vorbehandlung (Vorreinigung) auf dem Grundstück des Anschlussnehmers in einer von ihm zu errichtenden und zu betreibenden Abscheide - oder sonstigen Vorbehandlungsanlage angeordnet werden, wenn der Verschmutzungsgrad des Niederschlagswassers für die Gemeinde eine Pflicht zur Vorbehandlung nach dem sog. Trenn - Erlass vom 26.05.2004 (MinBl.NRW 2004, S.583ff.) auslöst.

Die vorstehende Vorbehandlungspflicht gilt insbesondere für Straßenbaulasträger, die das Straßenoberflächenwasser in die öffentliche Abwasseranlage einleiten.

(3) Stoffe aus Verarbeitungsbetrieben tierischer Nebenprodukte und von Schlachtabwässern aus Schlachthöfen nach den Artikeln 8, 9 und 10 (Material der Kategorien 1, 2 und 3) der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 müssen durch den Anschlussnehmer durch ein Feststoffrückhaltesystem mit einer maximalen Maschenweite von 2mm geführt werden.

(4) Die Abscheider - und sonstigen Vorbehandlungsanlagen und deren Betrieb müssen den einschlägigen technischen und rechtlichen Anforderungen entsprechen. Die Stadt Balve kann darüber hinausgehende Anforderungen an den Bau, den Betrieb und die Unterhaltung der Abscheider stellen, sofern dies im Einzelfall zum Schutz der öffentlichen Abwasseranlage erforderlich ist.

(5) Das Abscheidegut oder die Stoffe, die bei der Vorbehandlung anfallen, sind in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften zu entsorgen und dürfen der öffentlichen Abwasseranlage nicht zugeführt werden.

§ 9

Anschluss - und Benutzungszwang

(1) Jeder Anschlussberechtigte ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet sein Grundstück in Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 53 Abs. 1c LWG NRW an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen, sobald Abwasser auf seinem Grundstück anfällt (Anschlusszwang).

(2) Der Anschlussnehmer ist vorbehaltlich der Einschränkungen in dieser Satzung verpflichtet, das gesamte auf seinem Grundstück anfallende Abwasser (Schmutzwasser und Niederschlagswasser) in die öffentliche Abwasseranlage einzuleiten (Benutzungszwang), um seine Abwasserüberlassungspflicht nach § 53 Abs. 1c LWG NRW zu erfüllen.

(3) Ein Anschluss - und Benutzungszwang besteht nicht, wenn die in § 51 Absatz 2 Satz 1 LWG NRW genannten Voraussetzungen für in landwirtschaftlichen Betrieben anfallendes Abwasser oder für zur Wärmergewinnung benutztes vorliegen. Das Vorliegen dieser Voraussetzungen ist der Stadt Balve nachzuweisen.

(4) Unabhängig vom Vorliegen der in Absatz 3 erwähnten Voraussetzungen ist das häusliche Abwasser aus landwirtschaftlichen Betrieben an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen und dieser zuzuführen.

(5) Der Anschluss - und Benutzungszwang besteht auch für das Niederschlagswasser. Dieses gilt nicht in den Fällen des § 5 Absätze 2 und 3 dieser Satzung.

(6) In den in Trennsystemen entwässerten Bereichen sind das Schmutz - und das Niederschlagswasser den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuzuführen.

(7) Bei Neu - und Umbauten muss das Grundstück vor der Benutzung der baulichen Anlage an die öffentliche Abwasseranlage angeschlossen sein. Ein Zustimmungsverfahren nach § 14 Abs. 1 ist durchzuführen.

(8) Entsteht das Anschlussrecht erst nach der Errichtung einer baulichen Anlage, so ist das Grundstück innerhalb von drei Monaten anzuschließen, nachdem durch öffentliche Bekanntmachung oder Mitteilung an den Anschlussberechtigten angezeigt wurde, dass das Grundstück angeschlossen werden kann.

§ 10

Befreiung vom Anschluss - und Benutzungszwang für Schmutzwasser

(1) Der Grundstückseigentümer kann auf Antrag vom Anschluss - und Benutzungszwang für Schmutzwasser ganz oder teilweise befreit werden, wenn ein besonders begründetes Interesse an einer anderweitigen Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers besteht und - insbesondere durch Vorlage einer wasserrechtlichen Erlaubnis - nachgewiesen werden kann, dass eine Beeinträchtigung des Wohls der Allgemeinheit nicht zu erwarten ist.

(2) Ein besonders begründetes Interesse im Sinne des Absatz 1 liegt insbesondere dann nicht vor, wenn die anderweitige Beseitigung oder Verwertung des Schmutzwassers lediglich der Gebühreneinsparung dienen soll.

§ 11

Nutzung des Niederschlagswassers

Beabsichtigt der Grundstückseigentümer die Nutzung des auf seinem Grundstück anfallenden Niederschlagswassers, so hat er dies der Stadt Balve anzuzeigen. Die Stadt Balve verzichtet in diesem Fall auf die Überlassung des verwendeten Niederschlagswassers gemäß § 53 Abs. 3 a Satz 2 LWG NRW, wenn die ordnungsgemäße Verwendung des Niederschlagswassers auf dem Grundstück sichergestellt ist und ein Überlauf an den öffentlichen Kanal besteht, so dass eine Überschwemmung von Nachbargrundstücken durch Niederschlagswasser ausgeschlossen werden kann.

Ein Verzicht auf die Abwasserüberlassungspflicht kommt nach § 53 Abs. 3 a Satz 2 LWG NRW nur bei solchen Grundstücken in Betracht, die bereits an die öffentliche Abwasserkanalisation angeschlossen sind.

(2) Der zur Nutzung der öffentlichen Abwasseranlage berechtigte Brauchwassernutzer oder private Wasserversorger hat auf Verlangen der Stadt Balve und auf seine Kosten eine Abwassermengenmessenrichtung oder einen Frischwassermesser zu installieren und zu betreiben. Im Abstand von höchstens 6 Jahren ist die Messeinrichtung auf Kosten des Betreibers unaufgefordert von einer Fachfirma eichen zu lassen.

(3) Verstöße gegen diese Anzeigepflicht können als Abgabehinterziehung geahndet werden.

§ 12

Besondere Bestimmungen für Druckentwässerungsnetze

(1) Führt die Stadt Balve aus technischen oder wirtschaftlichen Gründen die Entwässerung mittels eines Druckentwässerungsnetzes durch, hat der Grundstückseigentümer auf seine Kosten auf seinem Grundstück einen Pumpenschacht mit einer für die Entwässerung ausreichend bemessenen Druckpumpe sowie die dazugehörige Druckleitung bis zur

Grundstücksgrenze herzustellen, zu betreiben, zu unterhalten, instand zu halten und ggf. zu ändern und zu erneuern. Die Entscheidung über Art, Ausführung, Bemessung und Lage des Pumpenschachtes und der dazugehörigen Druckpumpe trifft die Stadt.

(2) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, mit einem geeigneten Fachunternehmen einen Wartungsvertrag abzuschließen, der eine Wartung der Druckpumpe entsprechend den Angaben des Herstellers sicherstellt. Der Wartungsvertrag ist der Stadt Balve bis zur Abnahme der Druckleitung, des Pumpenschachtes und der Druckpumpe vorzulegen. Für bereits bestehende Druckpumpen ist der Wartungsvertrag innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Bestimmungen vorzulegen.

(3) Die Stadt Balve kann den Nachweis der durchgeführten Wartungsarbeiten verlangen.

(4) Der Pumpenschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Bepflanzung oder Überbauung des Pumpenschachtes ist unzulässig.

§ 13

Ausführung von Anschlussleitungen

(1) Jedes anzuschließende Grundstück ist unterirdisch mit einer eigenen Anschlussleitung und ohne technischen Zusammenhang mit den Nachbargrundstücken an die öffentliche Abwasseranlage anzuschließen. In Gebieten mit Mischsystem ist für jedes Grundstück eine Anschlussleitung, in Gebieten mit Trennsystem je eine Anschlussleitung für Schmutz- und Niederschlagswasser herzustellen. Auf Antrag können mehrerer Anschlussleitungen verlegt werden. Im öffentlichen Bereich sind für die Misch- und Schmutzwasserleitungen braune, für Regenwasser blaue Rohre der Marke FABEKUN - HS, oder gleichwertig, zu verwenden. Die Stadt Balve kann den Nachweis über den ordnungsgemäßen Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage im Rahmen des Zustimmungsverfahrens nach § 14 dieser Satzung verlangen.

(2) Nach Herstellung der Anschlussleitung ist diese auf Dichtigkeit zu prüfen. Das Ergebnis ist der Stadt Balve innerhalb von 4 Wochen nach Fertigstellung vorzulegen.

Im übrigen gilt § 15 dieser Satzung.

(3) Wird ein Grundstück nach seinem Anschluss in mehrere selbstständige Grundstücke geteilt, so gilt Absatz 1 für jedes der neu entstandenen Grundstücke.

(4) Der Grundstückseigentümer hat

sich gegen Rückstau von Abwasser aus dem öffentlichen Kanal zu schützen. Hierzu hat er Ablaufstellen unterhalb der Rückstauenebene (in der Regel die Straßenoberkante) durch funktionstüchtige Rückstausicherungen gemäß den allgemein anerkannten Regeln der Technik einzubauen. Die Rückstausicherung muss jederzeit zugänglich sein.

(5) Bei der Neueinrichtung einer Anschlussleitung auf einem privaten Grundstück hat der Grundstückseigentümer einen geeigneten Revisionsschacht auf seinem Grundstück außerhalb des Gebäudes einzubauen. Bei bestehenden Anschlussleitungen ist der Grundstückseigentümer zum nachträglichen Einbau eines Revisionsschachtes verpflichtet, wenn er die Anschlussleitungen erneuert oder verändert. In Ausnahmefällen kann auf Antrag des Grundstückseigentümers von der Errichtung eines Revisionsschachtes außerhalb des Gebäudes abgesehen werden. Der Revisionsschacht muss jederzeit frei zugänglich und zu öffnen sein. Eine Überbauung oder Bepflanzung des Revisionsschachtes ist unzulässig.

(6) Die Anzahl, Führung, lichte Weite und technische Ausführung der Anschlussleitungen bis zur Inspektionsöffnung bestimmt die Stadt Balve.

(7) Die Herstellung, Erneuerung und Veränderung sowie die laufende Unterhaltung der haustechnischen Abwasseranlage sowie der Hausanschlussleitung auf dem anzuschließenden

Grundstück führt der Grundstückseigentümer auf seine Kosten durch. Die Hausanschlussleitung ist in Abstimmung mit der Stadt Balve zu erstellen.

(8) Besteht für die Ableitung des Abwassers kein natürliches Gefälle zur öffentlichen Abwasseranlage, so kann die Stadt Balve von dem Grundstückseigentümer zur ordnungsgemäßen Entwässerung des Grundstückes den Einbau und Betrieb einer Hebeanlage verlangen. Die Kosten trägt der Grundstückseigentümer.

(9) Auf Antrag können zwei oder mehrere Grundstücke durch eine gemeinsame Anschluss - leitung entwässert werden. Die Benutzung - und Unterhaltungsrechte sind im Grundbuch abzusichern.

(10) Werden an Straßen, in denen noch keine öffentliche Abwasseranlage vorhanden ist, Neubauten errichtet oder Nutzungen vorgenommen, die einen Abwasseranfall nach sich ziehen, hat der Grundstückseigentümer auf seinem Grundstück Anlagen für einen späteren Anschluss in Abstimmung mit der Stadt Balve auf seine Kosten vorzubereiten.

§ 14

Zustimmungsverfahren

(1) Die Herstellung oder Änderung des Anschlusses bedarf der vorherigen Zustimmung der Stadt Balve.

Diese ist rechtzeitig, spätestens jedoch vier Wochen vor der Durchführung der Anschlussarbeiten zu beantragen.

Besteht Anschluss - und Benutzungszwang an die öffentliche Abwasseranlage, gilt der Antrag mit der Aufforderung der Stadt Balve den Anschluss vorzunehmen als gestellt. Eine Zustimmung wird dann erteilt, wenn eine Abnahme des Anschlusses durch die Stadt Balve an der offenen Baugrube erfolgt ist.

(2) Den Abbruch eines mit dem Anschluss versehenen Gebäudes hat der Anschlussnehmer eine Woche vor der Außerbetriebnahme des Anschlusses der Stadt Balve mitzuteilen.

§ 15

Zustands - und Funktionsprüfung bei privaten Abwasserleitungen

(1) Für die Zustands - und Funktionsprüfung privater Abwasserleitungen gilt die Verordnung zur Selbstüberwachung von Abwasseranlagen (Selbstüberwachungsverordnung Abwasser - SÜwVO Abw NRW 2013). Private Abwasserleitungen sind gemäß den §§ 60; 61 WHG, § 61 Abs. 1 LWG NRW, § 8 Abs. 1 SÜwVO Abw NRW 2013 so zu errichten und zu betreiben, dass die Anforderungen an die Abwasserbeseitigung eingehalten werden. Hierzu gehört auch die ordnungsgemäße Erfüllung der Abwasserüberlassungspflicht nach § 53 Abs 1 c LWG NRW gegenüber der Stadt Balve.

(2) Zustands - und Funktionsprüfungen an privaten Abwasserleitungen dürfen nur durch anerkannte Sachkundige gemäß § 12 SÜwVO Abw NRW 2013 durchgeführt werden.

(3) Über das Ergebnis der Zustands - und Funktionsprüfung ist der Stadt Balve auf Verlangen eine Bescheinigung eines Sachkundigen vorzulegen.

§ 16

Indirekteinleiterkataster

(1) Die Stadt Balve führt ein Kataster über Indirekteinleitungen, deren Beschaffenheit erheblich vom häuslichen Abwasser abweicht.

(2) Bei Indirekteinleitungen im Sinne des Absatz 1 sind der Stadt Balve mit dem Antrag nach § 14 die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge zu benennen. Bei bestehenden Anschlüssen hat dies innerhalb von drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung zu geschehen. Auf Verlangen der Stadt Balve hat der Indirekteinleiter Auskünfte über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und über die Vorbehandlung des Abwassers zu erteilen. Soweit es sich um genehmigungspflichtige Indirekteinleitungen im Sinne des § 58 WHG und § 59 LWG NRW handelt, genügt in der Regel die Vorlage des Genehmigungsbescheides der zuständigen Wasserbehörde.

§ 17

Abwasseruntersuchungen

(1) Die Stadt Balve ist jederzeit berechtigt, Abwasseruntersuchungen vorzunehmen oder vornehmen zu lassen. Sie bestimmt die Entnahmestelle sowie Art, Umfang und Turnus der Probenahmen.

(2) Die Kosten für die Untersuchungen trägt der Anschlussnehmer, falls sich herausstellt, dass ein Verstoß gegen diese Satzung vorliegt.

§ 18

Auskunfts - und Nachrichtspflicht; Betretungsrecht

(1) Der Grundstückseigentümer ist verpflichtet, der Stadt Balve auf Verlangen die für den Vollzug dieser Satzung erforderlichen Auskünfte über Bestand und Zustand der haustechnischen Abwasseranlagen und der Hausanschlussleitungen zu erteilen.

(2) Der Anschlussnehmer und der Indirekteinleiter haben die Stadt Balve unverzüglich zu benachrichtigen wenn

a: der Betrieb ihrer haustechnischen Abwasseranlagen durch Umstände beeinträchtigt wird, die auf Mängel der öffentlichen Abwasseranlage zurückzuführen sein können (z.B. Verstopfung der Abwasserleitung),

b: Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage geraten sind oder zu geraten drohen, die den Anforderungen nach § 7 nicht entsprechen,

c: sich Art oder Menge des anfallenden Abwassers erheblich ändert,

d: sich die der Mitteilung nach § 16 Abs. 2 zugrunde liegenden Daten erheblich ändern,

e: für ein Grundstück die Voraussetzungen des Anschluss - und Benutzungsrechtes entfallen.

(3) Bedienstete der Stadt Balve und Beauftragte der Stadt Balve mit Berechtigungsausweis sind berechtigt, die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, soweit dies zum Zweck der Erfüllung der gemeindlichen Abwasserbeseitigung oder zum Vollzug dieser Satzung erforderlich ist. Die Eigentümer und Nutzungsberechtigten haben das Betreten von Grundstücken und Räumen zu dulden und ungehindert Zutritt zu allen Anlagenteilen auf den angeschlossenen Grundstücken zu gewähren. Das Betretungsrecht gilt nach § 53 Abs. 4 a Satz 2 LWG NRW auch für Anlagen zur Ableitung von Abwasser, das der Gemeinde zu überlassen ist. Die Grundrechte der Verpflichteten sind zu beachten.

§ 19

Haftung

(1) Der Anschlussnehmer und der Indirekteinleiter haben für eine ordnungsgemäße Benutzung der haustechnischen Abwasseranlage nach den Vorschriften dieser Satzung zu

sorgen. Sie haften für alle Schäden und Nachteile, die der Stadt Balve infolge eines mangelhaften Zustandes oder einer satzungswidrigen Benutzung der haustechnischen Abwasseranlage oder infolge einer satzungswidrigen Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage entstehen.

(2) In gleichem Umfang hat der Ersatzpflichtige die Stadt Balve von Ersatzansprüchen Dritter freizustellen.

(3) Die Stadt Balve haftet nicht für Schäden, die durch höhere Gewalt hervorgerufen werden. Sie haftet auch nicht für Schäden, die dadurch entstehen, dass die vorgeschriebene Rückstausicherung nicht vorhanden ist oder nicht ordnungsgemäß funktioniert.

§ 20

Berechtigte und Verpflichtete

(1) Die Rechte und Pflichten, die sich aus der Satzung für Grundstückseigentümer ergeben, gelten entsprechend für Erbbauberechtigte und sonstige zur Nutzung des Grundstückes dinglich Berechtigte sowie Träger der Baulast von Straßen, Wegen und Plätzen innerhalb der im Zusammenhang bebauten Ortsteile.

(2) Darüber hinaus gelten die Pflichten, die sich aus dieser Satzung für die Benutzung der öffentlichen Abwasseranlage ergeben, für jeden, der

1. berechtigt oder verpflichtet ist, das auf den angeschlossenen Grundstücken abfallende Abwasser

abzuleiten (also insbesondere Pächter, Mieter, Untermieter etc.)
oder

2. der öffentlichen Abwasseranlage tatsächlich Abwasser zuführt.

(3) Mehrere Verpflichtete sind gesamtschuldnerisch verantwortlich.

§ 21

Ordnungswidrigkeiten

(1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig entgegen

a: § 7 Absatz 1 und 2

Abwässer oder Stoffe in die öffentliche Abwasseranlage einleitet oder einbringt, deren Einleitung oder Einbringung ausgeschlossen ist.

b: § 7 Absatz 3 und 4

Abwasser über den zugelassenen Volumenstrom hinaus einleitet oder hinsichtlich der Beschaffenheit und der Inhaltsstoffe die Grenzwerte nicht einhält oder das Abwasser zur Einhaltung der Grenzwerte verdünnt oder vermischt.

c: § 7 Absatz 5

Abwasser ohne Einwilligung der Stadt Balve auf anderen Wegen als über die genehmigte Anschlussleitung eines Grundstückes in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.

d: § 8

Abwasser mit Leichtflüssigkeiten wie Benzin, Benzol, Diesel-, Heiz- oder Schmieröl sowie fetthaltiges Abwasser vor der Einleitung in die öffentliche Abwasseranlage nicht in entsprechende Abscheider einleitet oder Abscheider nicht ordnungsgemäß einbaut oder betreibt oder Abscheidegut nicht in Übereinstimmung mit den abfallrechtlichen Vorschriften entsorgt oder Abscheidegut der öffentlichen Abwasseranlage zuführt.

e: § 9 Absatz 2

das Abwasser nicht in die öffentliche Abwasseranlage einleitet.

f: § 9 Absatz 6

in den im Trennsystem entwässerten Bereichen das Schmutz - und das Niederschlagswasser nicht in den jeweils dafür bestimmten Anlagen zuführt.

g: § 11

auf seinem Grundstück anfallendes Niederschlagswasser als Brauchwasser nutzt, ohne dieses der Stadt Balve angezeigt zu haben.

h: § 12 Abs. 2

keinen Wartungsvertrag abschließt bzw. kein geeignetes Fachunternehmen beauftragt.

i: §§ 12 Abs. 4; 13 Absatz 4

die Pumpenschächte, Revisionschächte und Inspektionsöffnungen nicht frei zugänglich hält.

j: § 14 Abs 1

den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage ohne vorherige Zustimmung der Stadt Balve herstellt oder ändert.

k: § 14 Absatz 2

den Abbruch eines mit einem Anschluss versehenen Gebäudes nicht oder nicht rechtzeitig der Gemeinde mitteilt.

l: § 15

die Bescheinigung über das Ergebnis der Zustands - und Funktionsprüfung nicht, nicht fristgerecht oder nicht vollständig vorlegt.

m: 16 Absatz 2

der Stadt Balve die abwassererzeugenden Betriebsvorgänge nicht oder nicht rechtzeitig benennt oder aus ein entsprechendes Verlangen der Stadt Balve hin keine oder nur eine unzureichende Auskunft über die Zusammensetzung des Abwassers, den Abwasseranfall und die Vorbehandlung des Abwassers erteilt.

n: § 18 Absatz 3

die Bediensteten der Stadt Balve oder die durch die Stadt Balve Beauftragten mit Berechtigungsausweis daran hindert, zum Zweck der Erfüllung der städtischen Abwasserbeseitigungspflicht oder zum Vollzug dieser Satzung die angeschlossenen Grundstücke zu betreten, oder diesem Personenkreis nicht ungehinderten Zutritt zu allen Anlagenteilen auf dem angeschlossenen Grundstücken gewährt.

(2) Ordnungswidrig handelt auch, wer unbefugt Arbeiten an der öffentlichen Abwasseranlage vornimmt, Schachtabdeckungen

oder Einlaufroste öffnet, Schieber bedient oder in einen Bestandteil der öffentlichen Abwasseranlage, etwa eine Abwasserkanal, einsteigt.

(3) Ordnungswidrigkeiten nach Absatz 1 und 2 können mit einer Geldbuße bis zu **50.000,00 €** geahndet werden.

§ 22

Übergangsregelungen

Nach bisherigem Satzungsrecht zulässige Einleitungen in die öffentliche Abwasseranlage, die bei Inkrafttreten dieser Satzung nicht den nach § 7 zulässigen Einleitungsgrenzwerten entsprechen, hat der Anschlussberechtigte innerhalb von 6 Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung deren Regelungen anzupassen. In derartigen Fällen hat der Anschlussberechtigte der Stadt Balve gegenüber innerhalb von 2 Monaten nach Inkrafttreten dieser Satzung verbindlich zu erklären, wie er diese Anforderungen zeitlich und technisch erfüllen wird. Die Stadt Balve kann diese Frist sowie die des Satzes 1 auf Antrag des Anschlussberechtigten angemessen verlängern. Darüber hinausgehende wasserbehördliche Forderungen bleiben unberührt wie etwaige haftungsrechtliche Folgerungen gegenüber der Stadt Balve und Dritten.

§ 23

Inkrafttreten

Diese Satzung tritt mit dem Tage ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Satzung über die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage der Stadt Balve vom 17.12.2001 in der Fassung der Bekanntmachung vom 24.03.2010 außer Kraft.

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Satzung wird hiermit öffentlich bekannt gemacht.

Hinweis:

Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens - und Formvorschriften der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein - Westfalen (GO NW) beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn,

a: eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt oder ein vorgeschriebenes Anzeigeverfahren wurde nicht durchgeführt;

b: die Satzung nicht ordnungsgemäß öffentlich bekannt gemacht wurde,

c: der Bürgermeister den Satzungsbeschluss vorher beanstandet;

d: der Form - oder Verfahrensmangel ist gegenüber der Stadt vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel ergibt.

Balve, den 10.12.2014

Der Bürgermeister

Mühling

Anlage 1

Anhang zu § 7 der Entwässerungssatzung der Stadt Balve

Grenzwerttabelle zu § 7 Abs. 2 und 3 der Entwässerungssatzung der Stadt Balve

<u>Parameter / Stoff / Stoffgruppe</u>	<u>Grenzwert</u>
1. Temperatur	bis 35 ° C
2. pH – Wert 6,5 bis 10	
3. <u>Absetzbare Stoffe</u> (soweit nicht bereits durch § 5 ausgeschlossen; Absetzzeit: 2 Stunden)	
a: biologisch abbaubar	8,0 ml / l
b: biologisch nicht abbaubar	0,3 ml / l
4. <u>Verseifbare Fette und Öle</u> (schwerflüchtige lipophile Stoffe)	250 mg/l
5. <u>Kohlenwasserstoffe</u>	
a: direkt abscheidbar	DIN 1999 beachten
b: soweit eine über die Abscheidung gemäß 5a) hinausreichende Entfernung erforderlich ist; Kohlenwasserstoffe gesamt (KW ges.)	20 mg / l
6. <u>Halogenierte Kohlenwasserstoffe</u>	
a: Summe leichtflüchtige halogenierte Kohlenwasserstoffe (LHKW), z. B. 1, 1, 1 – Trichlorethan, Tetrachlorethan, Trichlormethan, Dichlorethen	0,5 mg / l (berechnet als organisch gebundenes Chlor)
b: Adsorbierbare organische Halogenverbindungen (AOX)	1,0 mg / l (berechnet als organisch gebundenes Chlor)

7. Anorganische Stoffe

Aluminium (Al)	10,0 mg / l
Arsen (As)	0,3 mg / l
Blei (Pb)	0,5 mg / l
Cadmium (Cd)	0,2 mg / l
Chrom VI (Cr VI)	0,1 mg / l
Chrom, gesamt (Cr)	0,5 mg / l
Cobalt (Co)	2,0 mg / l
Eisen (Fe)	10,0 mg / l
Kupfer (Cu)	0,5 mg / l
Nickel (Ni)	0,5 mg / l
Quecksilber (Hg)	0,05 mg / l
Selen (Se)	1,0 mg / l
Silber (Ag)	0,5 mg / l
Zink (Zn)	2,0 mg / l
Zinn (Sn)	2,0 mg / l

8. Anorganische Stoffe (gelöst)

Stickstoff aus Ammonium und Ammoniak (NH ₄ - N, NH ₃ - N)	100 mg / l
Cyanid, leicht freisetzbar (CN ⁻)	0,2 mg / l
Cyanid, gesamt (CN ⁻)	5,0 mg / l
Fluorid (F ⁻)	50 mg / l
Stickstoff aus Nitrit (NO ₂ - N)	10,0 mg / l
Sulfat (SO ₄ ²⁻)	600 mg / l
Sulfid, gesamt	2,0 mg / l
Chlor, frei (Cl ₂)	0,5 mg / l

9. Organische Stoffe

Phenole, wasserdampfvlüchtige und halogenfrei (berechnet als C ₆ H ₅ OH)	100 mg / l
---	------------

Analyse - und Messverfahren:

Die zur Ermittlung der physikalischen und chemischen Beschaffenheit der Abwässer notwendigen Untersuchungen sind nach den entsprechenden DIN, DIN – EN, DIN – EN – ISO bzw. Deutschen Einheitsverfahren Wasser -, Abwasser – und Schlammuntersuchung in der jeweils geltenden Fassung durchzuführen (siehe auch Anlage zur Abwasserverordnung).

Anlage 2

Anhang zu § 13 der Entwässerungssatzung der Stadt Balve

Bestimmungen für die Ausführung von Kanalhausanschlüssen und die Zulassung der Unternehmer

1. Zulassung

- 1.1 Berechtigt zur Ausführung der Anschlussarbeiten sind nur Tiefbauunternehmer, nachfolgend – Unternehmer – genannt, die von der Stadt besonders hierfür zugelassen sind.
- 1.2 Voraussetzungen für die Zulassung sind:
- a) die schriftliche Anerkennung dieser Bestimmungen durch den Unternehmer,
 - b) die Eintragung des Unternehmers bei der Handwerkskammer oder der Industrie – und Handelskammer oder der Nachweis des Unternehmers über seine fachliche Qualifikation sowie ausreichende personelle und technische Ausstattung seines Betriebes;
 - c) der Nachweis einer Haftpflichtversicherung in Höhe des 2½ - fachen, mind. 50.000,00 € der Auftragssumme für Sachschäden und 500.000,00 € für Personenschäden; die Stadt kann im Einzelfall aus begründetem Anlass die Beibringung zusätzlicher Sicherheiten fordern,
 - d) Anerkennung der für die Nutzung der öffentlichen Flächen der Stadt Balve bestehenden Bestimmungen des Bauamtes der Stadt Balve.
- 1.3 Die Zulassung kann aus begründetem Anlass auf zeit oder Dauer widerrufen werden, insbesondere wenn,
- a) eine der 1.2 genannten Zulassungsvoraussetzungen bei der Zulassung nicht vorgelegen hat oder nachträglich entfallen ist,
 - b) schwerwiegend oder wiederholt unfachgemäß gearbeitet worden ist,
 - c) gegen diese Bestimmungen verstoßen worden ist,
 - d) der Unternehmer seine Zahlungen eingestellt hat oder ein Antrag aus Eröffnung des Vergleichs – oder Konkursverfahrens über sein Vermögen gestellt ist.

Der Widerruf der Zulassung wird, falls kein schwerwiegender Verstoß vorliegt, vorher angedroht. Bei Widerruf hat der Unternehmer bereits begonnene Arbeiten unverzüglich fertig zu stellen; neue Arbeiten dürfen nicht mehr begonnen werden.

- 1.4 Verzichtet der Unternehmer gegenüber der Stadt auf die Zulassung, hat er begonnene Arbeiten unverzüglich fertig zu stellen.
- 1.5 Der Unternehmer hat die Verlegung des Sitzes seiner gewerblichen Niederlassung, jeden von Arbeitsgemeinschaften der Stadt innerhalb einer Woche schriftlich mitzuteilen.

2. Besondere Vorschriften

- 2.1.1 Der Einsatz von Nachunternehmern bedarf der Einwilligung der Stadt. Bei der Übertragung von Bauleistungen an Nachunternehmer haben Unternehmer und Nachunternehmer die Geltung dieser Bestimmungen zu vereinbaren. Ihre Haftung gegenüber der Stadt für die ordnungsgemäße Durchführung der gesamten Arbeiten bleibt unberührt.
- 2.1.2 Im Einzelfall kann die Stadt aus wichtigem Grund und soweit öffentliche Interessen nicht entgegenstehen, Ausnahmen von diesen Bestimmungen zulassen. Der Antrag ist schriftlich zu stellen.

Anlage 3

Anhang zu § 15 der Entwässerungssatzung der Stadt Balve

„Bestimmungen für die Ausführung von Dichtheitsprüfungen von Kanalhausanschlüssen und die Zulassung von Unternehmern“

1. Zulassung

Berechtigt für die Durchführung von Dichtheitsprüfungen an privaten Hausanschlussleitungen sind nur Unternehmer die von der Stadt Balve hierfür zugelassen sind.

2. Voraussetzungen für die Zulassung sind

- ℒ Eintragung bei der Industrie – und Handelskammer oder der Handwerkskammer
- ℒ Mitglied in der Berufsgenossenschaft
- ℒ Gewerbeanmeldung
- ℒ Nachweis eines ausreichenden Versicherungsschutzes durch eine Haftpflichtversicherung
- ℒ Nachweis der erforderlichen Geräte und der Einweisung in die Geräte
- ℒ Nachweis der Kenntnis von Regelwerken und Gesetzen in gültiger Fassung
- ℒ Nachweis, regelmäßig alle zwei Jahre an geeigneten Fortbildungsmaßnahmen mit Erfolg teilgenommen zu haben
- ℒ Angabe von Referenzobjekten
- ℒ Führung eines Zertifikates einer zugelassenen Zertifizierungsorganisation. Es muss geregelt sein, dass Betriebs – oder Baustellenprüfungen durch die Zertifizierungsorganisation durchgeführt werden.
- ℒ **darüber hinaus gelten die Regelungen der §§ 60 und 61 WHG, § 61 Abs. 1 LWG NRW sowie § 8 Abs. 1 Selbstüberwachungsverordnung Abwasser – SüwVOAbw NRW 2013.**

3. Widerruf der Zulassung

Die Zulassung kann aus begründetem Anlass auf Zeit oder auf Dauer widerrufen werden, insbesondere wenn,

- eine der in 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen bei der Zulassung nicht vorgelegen hat oder nachträglich entfallen ist,
- schwerwiegend oder wiederholt unfachgemäß gearbeitet worden ist,

→ gegen diese Bestimmungen verstoßen wird,
→ der Unternehmer seine Zahlungen eingestellt hat oder ein Antrag auf Eröffnung des Vergleichs – oder Konkursverfahrens über sein Vermögen gestellt worden ist.

Der Widerruf der Zulassung wird, falls kein schwerwiegender Verstoß vorliegt, vorher angedroht.

Bei Widerruf hat der Unternehmer bereits begonnene Arbeiten unverzüglich fertig zustellen; neue Arbeiten dürfen nicht mehr begonnen werden.

► Verzichtet der Unternehmer gegenüber der Stadt auf die Zulassung, hat er begonnene Arbeiten unverzüglich einzustellen.

► Der Unternehmer hat die Verlegung des Sitzes seiner gewerblichen Niederlassung, jeden von Arbeitsgemeinschaften der Stadt innerhalb einer Woche schriftlich mitzuteilen.